



Der Prozeß gegen das Reich

II.

Der Standpunkt der Reichsregierung

Leipzig, 11. Okt. Ministerialdirektor Dr. Gottheiner erklärt ferner: Die Tatsache der heftigen innerpolitischen Gegnerschaft der damaligen preussischen Regierung gegen die Reichsregierung mußte die Kommunisten zu der Ueberzeugung bringen, daß die preussische Regierung sich mit den Kommunisten in dem gemeinschaftlichen Gegensatz gegen die Nationalsozialisten verbunden fühle.

Die Reichsregierung hat in ihren Schriftsätzen dem Staatsgerichtshof Belege dafür vorgelegt. So hat der damalige Berliner Polizeipräsident Grzesinski am 26. Juni 1932 in einer Rede in Magdeburg wörtlich gesagt: „Sozialdemokraten und Kommunisten wollten sich an keiner Stelle Schwierigkeiten machen.“ Grzesinski hat bekanntlich auch eine Reihe von Organisations seiner sozialdemokratischen Partei und auch eine kommunistische Organisation mit Waffen versorgt. Ich erinnere weiter an die Vorgänge, die sich an das Verbot des „Vorwärts“ angeschlossen. Es muß dabei festgestellt werden, daß dabei die Haltung des preussischen Innenministers Severing mit seiner Beamtenstellung nicht vereinbar war. Für die Reichsregierung wurde schon durch diese Haltung Severings die Frage, ob das Reich die gefährlichen Zustände in Preußen weiter so treiben lassen könne wie bisher, in höchstem Grad akut. Wenn das Reich mit seinen Maßnahmen noch zuwartete, so war von Einfluß hierauf der Aufruf Severings am 13. Juli gegen den Bürgerkrieg. Aber schon am 14. Juli rief derselbe Minister in einer öffentlichen Verammlung in den Tennishallen in Berlin: „Jagen wir am 31. Juli die Regierung von Papen und ihre nationalsozialistischen Helfershelfer davon.“ Gleichzeitig erhielt die Reichsregierung aus vertrauenswürdigem Quelle Kenntnis von geheimen Verhandlungen zwischen dem preussischen Innenministerium und kommunistischen Führern. Inhalt dieser Verhandlungen waren Bedingungen und Gegenleistungen für die Förderung und Begünstigung der kommunistischen Partei, was sich später in vollem Umfang bestätigt hat. Dies bedeutete eine so brennende Gefahr für das Deutsche Reich, daß nunmehr ohne jedes Zögern von der Befugnis Gebrauch gemacht werden mußte, die Artikel 48 der Reichsverfassung für Fälle dieser Art in die Hand gibt. Es wäre unverantwortlich gewesen, den offenen Ausbruch des Bürgerkriegs abzuwarten. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli war der einzige Weg, zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes zu gelangen.

Die Darstellung des Ministerialdirektors Dr. Brecht über die Vorgänge am 20. Juli war unvollständig. Die sämtlichen ihres Amtes enthabenen Minister haben ihre vollen Bezüge weiter erhalten. Ministerpräsident Braun habe jedenfalls auf diesen Umstand sehr großen Wert gelegt, denn er habe sich sehr bald nach der Enthebung vom Amte nach dieser Frage erkundigt und sich sehr befriedigt erklärt. Minister Severing hat die Sachlage, die der Reichsregierung Veranlassung zu ihrem Vorgehen gegeben hat, genau so beurteilt wie die Reichsregierung selber. Er hat Mitte Juni dem gegenwärtigen Reichsminister des Innern gegenüber erklärt, daß er sich an dem Geheiß über die bevorstehende Einsetzung eines Reichskommissars nicht beteiligen habe, weil er persönlich der Ansicht sei, daß diese Maßregel sich nicht werde vermeiden lassen. Severing habe weiter erklärt: Warten Sie nicht mehr lange.

Prof. Dr. Heller, Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, ersucht Dr. Gottheiner, den Brief, in dem Ministerpräsident Braun sich über die Weiterzahlung seiner Bezüge so befriedigt ausgesprochen haben soll, vorzulesen. Auch die Bemerkung, daß Severing mit der Einsetzung des Reichskommissars gerechnet habe, müsse erst bewiesen werden. Nach seiner (Hellers) Ansicht sei die Notverordnung vom 20. Juli auf Grund der Abmachungen mit den Nationalsozialisten erlassen worden. Er behalte sich vor, den Antrag auf Ladung des Reichskanzlers v. Papen und Hitlers zu stellen.

Ministerialdirektor Dr. Badt erklärt die behauptete Haltung Severings der Einsetzung eines Reichskommissars gegenüber für unrichtig. Ministerialdirektor Dr. Gottheiner hält aber seine Angaben durchaus aufrecht.

Ministerialdirektor Dr. Brecht erklärte, den preussischen Vertretern liege viel daran, Severing und v. Gans als Zeugen vor dem Staatsgerichtshof eidlich vernahmen zu lassen. Der Vorsitzende wies jedoch darauf hin, von einer näheren Erörterung dieses Punktes könne er sich nicht viel versprechen. Der Vertreter der Reichsregierung müsse aber noch gefragt werden, ob die Einsetzung des Reichskommissars in der Art und in dem Umfang zwischen den Ministern erörtert worden sei, wie sie dann in der Verordnung vom 20. Juli ihren Ausdruck gefunden habe. Dr. Gottheiner antwortete, daß er darüber nichts sagen könne. Es habe sich aber um nichts anderes gehandelt als um die Einsetzung eines politischen Reichskommissars.

Der Vorsitzende schloß dann die Auseinandersetzungen

Tagespiegel

Reichskanzler v. Papen spricht am Mittwoch vormittags von 11.30 Uhr an auf der Tagung der bayerischen Industrie in München über das Thema „Vertragen schafft Arbeit“. Die Rede wird im Rundfunk über alle deutschen Sender verbreitet.

Der Stadtkommissar in Koburg hat die für nächsten Sonntag geplanten nationalsozialistischen Veranstaltungen mit Ausnahme der Sportplatzkundgebung, auf der Hitler die Ehrenbürgerurkunde überreicht wird, verboten.

mit dem Hinweis, daß die Parteien von sich aus an Severing und v. Gans herantreten könnten, um eine Stellungnahme zu erreichen. Der Staatsgerichtshof sei bereit, im Lauf der Verhandlungen die Erklärungen entgegenzunehmen. Darauf wurde die Verhandlung auf Dienstag vormittag vertagt.

Zweiter Verhandlungstag

Leipzig, 11. Oktober.

Auch in der heutigen Verhandlung sah sich Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke veranlaßt, die Verhandlungsparteien zu bitten, persönliche Momente aus der Debatte zu lassen. Ministerialdirektor Dr. Brecht gab eine Erklärung ab, die preussischen Minister (außer dem abberufenen Ministerpräsidenten Braun und Innenminister Severing) hätten es nicht abgelehnt, mit dem Reichskommissar, jeder für sein Ressort, zusammenzuarbeiten, wenn auch unter Aufrechterhaltung ihrer Rechtsverwahrung. Die Behauptung, Ministerpräsident Braun habe sich dadurch befriedigt erklärt, daß sein Gehalt voll weitergezahlt würde, sei un wahr.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner erklärt, die Ausführungen Dr. Brechts über die Bereitschaft der Minister zur Mitarbeit mit dem Reichskommissar bedeuten keine völlige Klärung im Sinn einer Bejahung der seitigen Frage des Vorsitzenden, denn Herr Brecht habe nur von der Bereitwilligkeit der Mitarbeit der Minister für die einzelnen Ressorts gesprochen, was ungenügend wäre. Der preussische Ministerpräsident hat alsbald nach der Eröffnung, daß er seines Amtes entbunden sei, eine Feststellung nach der Richtung treffen lassen, wie es denn nun mit seinem Gehalt sei. Daß diese Anfrage auf Veranlassung der Rechtsvertretung des Ministerpräsidenten ergin, war mir nicht bekannt.

Präsident Dr. Bumke bemerkt, dem Staatsgerichtshof fehle die prozessuale Berechtigung, Parteien, wie z. B. den Minister Severing, den Reichskanzler von Papen, als Zeugen zu vernahmen. Es scheine kaum bestreitbar zu sein, daß Einigkeit zwischen der Regierung von Papen und den Nationalsozialisten darin bestand, daß mit der preussischen Regierung Schluß gemacht werden müsse. Er bezweifle, ob eine Zeugenvernehmung in diesem Punkt weiterführen würde. Dies würde nur dann der Fall sein, wenn die Behauptungen, über die die Zeugen vernommen werden sollen, in sehr bestimmter Form vorgetragen werden.

Ministerialdirektor Dr. Badt führt aus, die Beseitigung der preussischen Regierung sei nur der Schlusstein eines Plans, der seit zehn Jahren in Kreisen des Reichswehrministeriums besprochen worden sei und der auch Lieblingsplan des Generals v. Schleicher war, nämlich den Dualismus Reich — Preußen mit Hilfe des Artikels 48 zu beseitigen.

Ministerialdirektor Gottheiner erklärte dazu u. a.: Ich habe bereits gestern gesagt, daß die Reichsregierung durch keinerlei Abmachungen oder Abkommen zu einem Einschreiten gegen Preußen sich verpflichtet hatte. Ich muß heute nochmals namens der Reichsregierung erklären, daß sie sich in freier und verantwortungsbewusster Entscheidung zu dem entschlossen hat, was am 20. Juli geschehen ist. Die Entwicklung ging dahin, und zwar eben deswegen, weil wir uns tatsächlich in einer Bürgerkriegslage und in einer Konfliktlage befunden haben. Der Entschluß der Reichsregierung wurde bekräftigt, als Minister Severing in den Tennishallen in Berlin ausrief: „Jagen wir die Reichsregierung davon!“ Ausgesprochen waren aber für die Entscheidung der Reichsregierung die unglaublichen Ereignisse in Altona am 17. Juli maßgebend. Das war offener Bürgerkrieg. Ich muß mit aller Entschiedenheit gegen die Unterstellung Einspruch erheben, als ob nicht die Ermägung der Schaffung von Ruhe und Ordnung für die Reichsregierung in entscheidendem Umfang maßgebend gewesen wäre.

Erklärung Gottheiners

Im Auftrag der Reichsregierung gab Ministerialdirektor Dr. Gottheiner mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichskanzlers folgende Erklärung in der heutigen Verhandlung des Staatsgerichtshofes ab:

„Eine Vereinbarung des Reichskanzlers mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Uniformverbots, die Wiedergulassung der SA-Gruppen und die Wiedergewährung politischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler, gehörten vielmehr

von vornherein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus entschlossen war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahmebestimmungen gegen die Nationalsozialisten zu beseitigen.“

Präsident Bumke: Es soll nunmehr geprüft werden, was durch die Verordnung vom 20. Juli entstanden ist.

Dr. Brecht: Der Reichsregierung sei es offenbar auf eine endgültige Absehung und Beseitigung der Mitglieder des Kabinetts Braun angekommen. Erst einige Tage später, als sich ergeben habe, daß das Reich zu dieser Absehung nicht befugt sei, habe die Reichsregierung sich darauf beschränkt, von einer Suspendierung der Amtsausübung zu sprechen. Der Reichskommissar habe sofort 34 preussische Beamte zur Disposition gestellt und 10 Beamte zwangsweise beurlaubt. Dabei habe es sich nicht lediglich um Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gehandelt. Noch vor kurzem habe der Reichskommissar die endgültige Ernennung des Staatssekretärs im Staatsministerium vollzogen, der auch Reichsratsvertreter sei. Gerade die Frage der Vertretung des Landes im Reichsrat gehöre zu den strittigsten Dingen des jetzigen Streits. Das Vorgehen bedeute daher eine Vorwegnahme der Entscheidung des Staatsgerichtshofs.

Ministerialrat Gottheiner erklärt: Durch die Verordnung vom 20. Juli 1932 sind gemäß Art. 48 der Reichsverfassung besonders gearbete Erziehungsgänge für den preussischen Ministerpräsidenten, die preussischen Staatsminister und damit das preussische Staatsministerium vom Reich auf vorübergehende Dauer und unter Vorbehalt des Widerrufs zur Ausübung der Landesgewalt bestellt worden. Dadurch, daß diese Erziehungsgänge ihre Befugnis von reichsrechtlicher Grundlage ableiten, ergeben sich einige Modifikationen. Die Erziehungsgänge handeln im Namen des Landes.

Eine Erklärung Severings

Berlin, 11. Okt. Gelegentlich einer Wahlversammlung in Juidkau erklärte der frühere Minister Severing in einem Vertreter der „Voss. Zeitung“ gegenüber den Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner, er (Severing) habe selbst dem Reichsinnenminister v. Gans die Einsetzung eines Reichskommissars empfohlen: „Ich habe niemals Herrn v. Gans zu der Einsetzung eines Reichskommissars ermuntert. Ich habe ihm in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mir sehr wohl denken könne, daß nach den Reichstagswahlen die Zeit reif sein werde, um jenen Plan der Verwirklichung näher zu bringen, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Braun und Reichskanzler Brüning erörtert worden ist: in einer Personalunion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen. Ich habe aber dringend gebeten, nicht ohne gesetzliche Grundlage einen Reichskommissar einzusetzen. Ich habe späterhin auch eine öffentliche Erklärung über mein Gespräch mit Herrn v. Gans veröffentlicht, als Gerüchte im Gange waren, daß das Reichsinnenministerium die preussische Polizei auf das Reich übernehmen wolle. Ich habe Herrn v. Gans gefragt, ob er die Quelle dieser Gerüchte kenne. Herr v. Gans hat damals verneint und dabei sich noch auf meine Erklärung berufen, daß die preussische Polizei fest in der Hand der Regierung sei. Ein anderes Gespräch über die Einsetzung des Reichskommissars habe ich mit Herrn v. Gans nicht gehabt.“

Der Reichskanzler in München

München, 11. Oktober.

Reichskanzler v. Papen traf heute früh, begleitet von Staatssekretär Pland von der Reichskanzlei, Ministerialdirektor Marock, dem Chef der Pressabteilung der Reichsregierung, Ministerialrat Pukas und dem bayerischen Reichsratsbevollmächtigten Dr. v. Preger im Münchener Hauptbahnhof ein. Ministerpräsident Dr. Held begrüßte den Kanzler beim Verlassen des Salonwagens herzlich und stellte ihm die zum Empfang erschienenen Herren vor. Der Kanzler begab sich hierauf im Kraftwagen zum Haus des Ministerpräsidenten, wo er Wohnung nimmt, während die Herren seiner Begleitung sich zum Hotel Bayerischer Hof begaben. Um 10 Uhr fand im Ministerium des Außeren die Vorstellung der bayerischen Staatsregierung statt.

Begrüßung im Außenministerium

Um 10 Uhr fand im Ministerium des Außeren die Vorstellung der bayerischen Staatsregierung statt. Ministerpräsident Dr. Held bewillkommnete den Reichskanzler und führte aus: „Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung verknüpft sich das Bekenntnis des Reichskanzlers, daß man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung die Selbständigkeit der Länder anerkennt und achtet. Nur so gemeint, gewinnt ein solcher offizieller Besuch des Reichskanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stürmen unruhiger Tage, die ja vor allem der Selbständigkeit der Länder

gegolten haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, die Führung zu übernehmen und zu halten mit den einzelnen Länderregierungen in der Zeit der großen geistigen und wirtschaftlichen Not des deutschen Volks. Es kommt darin die Überzeugung zum Ausdruck, daß das gesamte deutsche Volk zusammenstehen muß, wenn es gilt, dieser Not Herr zu werden. Ein zerstückeltes Deutschland wird sie niemals meistern können. Außenpolitisch hängt alles von unserer absoluten Einigkeit ab. Nur durch treues Zusammenarbeiten ist das große Ziel zu erreichen, Deutschland zu einem wahrhaft einigen und glücklichen Volk zu machen.

Reichskanzler von Papen dankte für die freundlichen Worte und erklärte: Mein Besuch soll mehr sein als eine formale Höflichkeit; er soll ein Zeichen dafür, daß in der Tat gerade jetzt in den vielleicht schwersten Stunden der Nachkriegszeit wir nur dann zu den großen gemeinsamen Zielen weiterschreiten können, wenn wir die Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wiederherstellen, wie sie einst gewesen ist. Sie wissen, daß es von Anfang meiner Regierung an mein großes Ziel gewesen ist, mit den Ländern und durch die Länder, deren außerordentliche Wichtigkeit und Bedeutung in kultureller und völkischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, die passende Fühlung mit den Ländern zu pflegen und in offener Aussprache über die schwebenden Fragen die Meinungen auszutauschen, die auf dem schweren Wege vor uns liegen.

Vom Ministerium des Außern begab sich der Reichskanzler nach dem Landtag zum Besuch des Landtagspräsidenten.

Empfang der Presse

Um 11 Uhr empfing der Reichskanzler die Vertreter der Presse. In einer kurzen Ansprache erklärte er, die Reichsregierung habe vom ersten Tag an betont, daß sie bemüht auf bundesstaatlichem Standpunkt stehe, daß die Lösung der großen Aufgaben, die ein neues Deutschland schaffen sollen, nur möglich sei, wenn man alle Kräfte zur Mitarbeit heranziehe. Der Presse falle die Aufgabe zu, an dem großen Ziel mitzuwirken, das Reich neu und größer auf einer Volksgemeinschaft aus dem Erlebnis des großen Völkereingangs wieder aufzubauen.

Vom Ministerium des Außern aus begab sich der Kanzler zum Rathaus, um auch der Stadt München seinen Besuch zu machen. Darauf legte er einen Kranz am Gefallenendenkmal nieder und stattete mittags bei dem päpstlichen Nuntius sowie bei Kardinal Faulhaber einen Besuch ab.

Der Besuch im Landtag

Bei dem Besuch des Kanzlers im bayerischen Landtag bewillkommnete ihn der Landtagspräsident Dr. Stang mit einer Ansprache: Die Wirtschaftsnote gehe riesengroß auch durch die bayerischen Länder. Wir wissen, fuhr der Präsident fort, daß wir in Bayern mit dieser Not ein allen Deutschen zur Zeit gemeinames und gleiches Schicksal zu tragen haben. Ich darf Sie aber, sehr geehrter Herr Reichskanzler, und die gesamte Reichsregierung bitten, zur Behebung der bayerischen Wirtschaft durch eine bessere Zuteilung von Reichsaufträgen ein besonderes Augenmerk zu richten.

Der Reichskanzler erwiderte, die Herren dürften gewiß sein, daß die Belange Bayerns in Berlin immer ein offenes Ohr finden werden. Das Reich sei leider so arm wie die Länder; aber wenn es sich irgendwie ermöglichen ließe, werde bestimmt den Ländern geholfen werden. Es werde nie vergehen werden, was die Länder — und speziell Bayern dem Reich geleistet haben.

Der Reichstagsauschuß für Auswärtiges

Berlin, 11. Okt. Der Reichstagsauschuß für Auswärtiges trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Fried (Nat.-Soz.) zusammen, um über Lausanne, Abrüstung und Völkerbundstetigung zu beraten. Von der Regierung war kein Vertreter erschienen. Auch die Deutschnationalen nahmen an der Sitzung nicht teil. Das Zentrum hatte nur einen Beobachter, Abg. Dr. Bell, entsandt. Alle übrigen Fraktionen hatten Vertreter entsandt; auch die Sozialdemokraten hatten vor der Ausschusssitzung beschlossen, an der Sitzung teilzunehmen. Die Nationalsozialisten hielten vor der Ausschusssitzung noch eine längere innere Beratung ab. Von verschiedenen Fraktionen wurde der Standpunkt vertreten, eine sachliche Aussprache über die Beratungspunkte ohne Anwesenheit der Reichsregierung würde nicht dem Sinn und Zweck des Ausschusses entsprechen.

Die Kommunisten beantragten, den Ausschuß in einen Untersuchungsausschuß umzuwandeln. In der Ab-

stimmung stimmten nur die Kommunisten dafür, die Sozialdemokraten übten Stimmhaltung. Ebenso wurde ein anderer kommunistischer Antrag abgelehnt, der die Öffentlichkeit herstellen wollte. Der Ausschuß unterbrach dann seine Beratungen, um inzwischen weitere Anträge zu prüfen.

Der Ausschuß erklärt in einer Entschließung u. a., die Reichsregierung habe mit ihrer Weigerung, vor dem Ausschuß zu erscheinen, bevor die bekannte Streitfrage geregelt sei, sich eines wiederholten Verfassungsverstoßes schuldig gemacht. Die Regierung beweise damit, daß sie nicht den Mut finde, für ihre von schweren Mißerfolgen begleitete Außenpolitik einzustehen. — Der Entschließungsantrag wurde von Dr. Fried (Nat.-Soz.), Dr. Bell (Z.) und Graf Duadt (Bayr. Volkspartei) eingebracht. Außer diesen Parteien stimmten auch die Sozialdemokraten dafür. Die Kommunisten beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Neue Nachrichten

Wahlabkommen Wirtschaftspartei-Deutschnationalen?

Kürnberg, 11. Okt. L.H. meldet: Wie von zuverlässiger Seite verlautet, schweben zwischen der Wirtschaftspartei in Bayern und der Deutschnationalen Volkspartei Verhandlungen über ein Abkommen für die Reichstagswahlen. Die Verhandlungen sollen bereits so weit gediehen sein, daß mit einem greifbaren Ergebnis gerechnet werden kann. Demnach lehnt, entgegen anderslautenden Nachrichten, die Wirtschaftspartei in Bayern ein Zusammengehen mit der Bayerischen Volkspartei ab. Wie weiter gemeldet wird, wollen sich dem Vorgehen der Wirtschaftspartei in Bayern die sächsischen und thüringischen Wahlkreise sowie der Wahlkreis Halle-Merseburg anschließen.

Eine NSDAP-Kundgebung verboten

Berlin, 11. Okt. Die von den Nationalsozialisten für morgen abend angekündigte Kundgebung im Sportpalast, bei der Dr. Göbbels und der Landtagspräsident Kerk sprechen sollten, ist aus sicherheitspolizeilichen Gründen verboten worden.

Sondergerichtsurteil

Kendsburg, 11. Okt. Im Landfriedensbruchprozeß wegen des am 10. Januar verübten Lieberfalls auf Nationalsozialisten, bei dem ein SA-Mann den Tod fand, verurteilte das Sondergericht von den 23 angeklagten Mitgliedern der SPD und KPD und Angehörigen des Reichsbanners 16 zu Gefängnisstrafen von 1½ Jahren bis herab zu 6 Monaten. 7 Angeklagte wurden freigesprochen.

Das Wahlergebnis in Eupen und Malmédy

Brüssel, 11. Okt. Die belgischen Gemeindevahlen zeigen im ganzen einen eindeutigen Sieg der Sozialistischen Partei. Sie konnte 52 absolute Mehrheiten neu erobern. In den ehemaligen deutschen Gebieten Eupen und Malmédy läßt sich das Wahlergebnis noch nicht in allen Einzelheiten übersehen. Man kann aber schon jetzt behaupten, daß die Wähler nahezu ausschließlich den Parteien ihre Stimme gaben, die sich eine neue Volksbefragung zum Ziel gesetzt haben. Nach vorläufigen Ausrechnungen wird der Gemeinderat der Stadt Eupen aus 8 Mandatären der deutschen Gemeinschaftliste, 3 Sozialisten, 2 Belgischen Katholiken und einem Mittelstandsabgeordneten bestehen. In St. Vith: Deutsche Liste 6, Belgische Katholiken 2, Sozialisten 1; in Laeren: Deutsche Arbeiter und Bauern 9, Belgische Liste 2; Egnatten: Liste des Bürgermeisters Esser 5, Belger 4; Hausel: Deutsche Einheitsliste 5, Belger 2; Hergenrath: Bürgerliche 5, Belgische Liste 4; Lonzenherbestal: Bürgerliche Liste 7, darunter 5 Mitglieder des Heimatbunds, Arbeiter 2; Malmédy: 8 Sozialisten, 3 Belger.

In Brüssel wurde das Ergebnis von Eupen-Malmédy mit einer gewissen Niedergeschlagenheit aufgenommen.

Heimwehr für Präsidialregierung

Innsbruck, 11. Okt. In einer Versammlung der Tiroler Heimatwehr besprach der Führer Dr. Steidle die Frage, ob die Heimwehr weiter in der Regierung Dolkfuß bleiben könne. Er warf der Regierung vor, daß sie das Wirtschaftsprogramm der Heimwehr nicht erfüllt habe und weiterhin glaube, in Oesterreich rein parlamentarisch regieren zu können. Die Heimwehr fordere die Einsetzung einer nicht parteimäßig zusammengesetzten, sondern parteiunabhängigen Präsidialregierung, die aus Fachleuten für alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen zusammengesetzt sei und unmittelbar vom Bundespräsidenten bestellt werde. Er müsse aber davor warnen, daß eine Präsidialregierung nur einen Parteiausschuß darstelle, der von seinen Parteigruppen abhängig sei.

mann Koffer befördern lassen. Anscheinend wolle sie also Berlin verlassen.

Andermat griff zum Kursbuch. Kein Zweifel: die Reise konnte nur ins Elßah gehen. Also die Strecke: Frankfurt am Main — Kehl — Straßburg. Direkter Schnellzug 10 Uhr 45. Da waren noch dreiviertel Stunden Zeit. Rasch warf er das Notwendigste in einem Koffer zusammen. Sein französisches Visum hatt er ja auch. Es konnte also losgehen. Das würde eine schneidige Wettfahrt werden — um die Braut!

Eine Stunde später wandelte er in den Seitengängen der D-Zugwagen umher. Aus einem Wagen schritt er in den andern. Sein Gesicht erstrahlte vor Freude, als er im letzten Wagen dritter Klasse Zweck und Ziel seiner Entdeckungstour erreicht sah. In einer Ecke lehnte allein und mit verhärtem Gesicht Anne Crusius. Sie sah blaß und elend aus; Mitleid mit der Armen regte sich im Herzen des Mannes.

Er gab einem Schaffner Auftrag, ihm auf der nächsten Station den Uebergangszuschlag von dritter in zweiter Klasse für die Dame zu besorgen. Dann trat er zu seiner Freundin ins Abteil.

Sie war vor Schrecken starr, als sie ihn sah, und konnte minutenlang nichts sprechen. Dann brachte sie mühsam hervor: „Was — was wollen Sie hier?“

„Mit Ihnen in Ihre Heimat fahren“, antwortete er gemächlich. „Es interessiert mich doch schließlich auch, in welchen Gauen meine zukünftige Frau geboren ist.“

„Wer — was — Ihre zukünftige Frau?“ fragte sie fassungslos. „Wollen Sie mich verspotten, Herr Andermat?“

„Durchaus nicht. Oder glauben Sie, ich bin so wenig Amerikaner, um nicht jede Chance, die sich mir bietet, aus-

Der österreichische Nationalrat wird am 20. Oktober wieder zusammentreten, um vor allem den Wahltermin festzusetzen, da bekanntlich der Nationalrat im Juni die Auflösung beschlossen hat. Die Mehrheitsparteien sollen entschlossen sein, die Neuwahlen auf Herbst 1933 zu verschieben. Unter den Vorlagen befindet sich u. a. das Doppelstrafgesetz und das Gesetz über die Wiedereinführung der Todesstrafe bei Kapitalverbrechen.

Der französische Abrüstungsplan

Paris, 11. Okt. Der in Genf weilende Außenpolitiker des „Petit Parisien“ berichtet, der französische Abrüstungsplan, dessen Bestimmungen an das Locarnoabkommen erinnern, enthalte ein allgemeines Abrüstungsabkommen, einen allgemeinen Konsultativpakt, ein regionales Abkommen über den Bestand, die Sicherheit und die Überwachung, ein Abkommen über die allmähliche Abschaffung der internationalen Streitmacht und ein Protokoll über die Anwendung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung. Der Vertrag verpflichte die vertragschließenden Teile im Ernstfall sofort zusammenzutreten und die Lage zu prüfen, wenn die kriegführenden Staaten auch zu den Unterzeichnern des neuen Paktes zählten, binnen 48 Stunden die Feindseligkeiten einzustellen. Andernfalls würden sämtliche Verpflichtungen, die alle vertragschließenden Teile binden, in Kraft treten.

Ausschluß von 20 Oppositionellen aus der russischen kommunistischen Partei

Moskau, 11. Okt. Die russische kommunistische Partei hat 20 Mitglieder und Helfershelfer der konterrevolutionären Gruppe aus der Partei ausgeschlossen. Die Gemäßigten sollen versucht haben, auf illegalem Weg eine „Kulakenorganisation zur Wiederherstellung des Kapitalismus“ zu schaffen. Unter den Ausgeschlossenen befinden sich Sinowjew und Kamenev.

Aufstand in Abofinien

London, 11. Okt. Wittermeldungen zufolge ist bei der hiesigen abessinischen Gesandtschaft eine Meldung aus Adis Abeba eingegangen, wonach der Sohn des Ras (Unterkönigs) Hailu, der kürzlich wegen Hochverrats zum Tod verurteilt, aber vom Kaiser begnadigt worden war, einen Aufstand gegen die Regierung angezettelt und den vormaligen Wohnsitz seines Vaters, Debra Markos in Besitz genommen habe. Die Aufständischen werden von Regierungstruppen belagert.

Württemberg

8. Notverordnung

Stuttgart, 11. Okt. Das Staatsministerium hat eine 8. Notverordnung zur Sicherung der Haushalte der Gemeinden erlassen. Sie enthält die Verpflichtung zur Erhebung der Bürgersteuer 1933 mit erhöhten Sätzen. Die Bürgersteuer 1933 wird mit 500 v. H. des Landeslages erhoben in allen Gemeinden, die entweder a) am 30. September 1932 mehr als zehn vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserverslosse auf 1000 Einwohner gehabt haben, oder b) im Rechnungsjahr 1932 eine Gemeindefürsorge von mehr als 22 v. H. erheben. Die Gemeinden können bis zum 17. Oktober 1932 bei der Aufsichtsbehörde Befreiung beantragen. Die Befreiung darf nur erteilt werden, wenn der Haushalt der Gemeinde für das Rechnungsjahr 1932 trotz der zu erwartenden Mindererträge bei den Reichsüberweisungssteuern und bei der Bürgersteuer ausgeglichen ist, insbesondere ein erhebliches Anwachsen der Zahl der Wohlfahrtserverslosse nicht zu befürchten ist. Diese Verordnung tritt am 11. Oktober 1932 in Kraft.

Von zuständiger Stelle wird dazu mitgeteilt: Die Gemeinden müssen nach den heutigen Verhältnissen mit einem Rückgang ihrer Steuereinnahmen bei der Einkommensteuer um etwa 15 v. H., bei der Umsatzsteuer um nahezu 20 v. H. rechnen gegenüber den Zahlen, die bei der Aufstellung der Haushaltspläne für 1932 in der Regel zugrunde gelegt wurden. Auch bei der Bürgersteuer 1933 bedeutet der Wegfall des Ehefrauenschuldschlages in Verbindung mit den übrigen Steuererleichterungen einen Ertragsrückgang über 25 v. H. Gleichzeitig hat das Reichsfinanzministerium den Ländern und den Organisationen der Gemeinden mitgeteilt, daß aus der Reichswohlfahrtsliste ab 1. Januar 1933 nur noch die Gemeinden Zuschüsse bekommen, die die Bürgersteuer mit mindestens 500 v. H. des Landeslages erheben. Vorstellungen bei der Reichsregierung blieben ohne Erfolg; es wurde darauf hingewiesen, daß in andern Ländern die Bürger-

zunügen?! Sie haben es mir mit Ihrem gestrigen Brief schriftlich gegeben, daß Sie mich liebgewonnen haben. Dieses Beständnis hätten Sie nicht so leichtfertig ablegen sollen, denn jetzt können Sie nicht mehr gut nein sagen, wenn ich um Ihre Hand anhalte.“

Er rückte näher an ihre Seite: „Nun wollen wir mal ein Ende machen mit der Tragikomödie, Miß Anne, und uns beide freuen, daß sie so gut abgelaufen ist. Denken Sie; es hätte auch schlimmer ausgehen können. Sie haben die Prüfung glänzend bestanden. Ich wußte wohl, daß Sie in den Diensten der Kriminalpolizei standen und wollte nun erproben, ob Sie auf jene oder auf meine Seite hielten. Der Verdacht der Kriminalpolizei ist völlig unbegründet; ich stehe in keiner wie immer gearteten Beziehung zum Morde an meinem Bruder; ich wurde davon im Gegenteil selber aufs Schrecklichste überrascht. Glauben Sie mir das?“

„Kein Mensch könnte so fest an Ihre Unschuld glauben wie ich.“

„Von der Erkenntnis, daß Sie mich bspitzeln wollten, wurde ich schwer enttäuscht. Ich beschloß, Sie zu einer Entscheidung zu zwingen und phantasierte Ihnen von einem Beständnis, das Ihnen und Ihren Auftraggebern nur erwünscht sein konnte. Sie haben jedoch die Anzeige unterlassen und sich also endgültig für mich entschieden. Ich dagegen entscheide mich nunmehr endgültig für Sie.“

Anne Crusius konnte die wunderbare Wendung zu ihren Gunsten immer noch nicht fassen. Sie schaute ihren Freund beständig mit ihren großen, schönen Augen glücklich und dankbar an, als sei ein Engel vom Himmel gerademwegs zu ihr in den Eisenbahnzug ihres Lebens gestiegen.

(Fortsetzung folgt).

Licht der Ewigkeit

Roman von Erich Kunter.

32. Fortsetzung

Nachdruck verboten.

Andern Tags erhielt er einen Brief, den er aus der Menge eingegangener Post herausfischte. Er hatte die feinen, aber festen und schönen Schriftzüge seiner Freundin darauf entdeckt. Hastig öffnete er ihn und las:

„Mein guter lieber Freund! Was es auch sein möge, was Sie mir beichten wollen, — ich glaube nicht, daß Sie eine Schuld auf sich geladen haben, die der Habgucht oder einem schlechten Charakter entspringt. Zweifellos hat Sie ein widriges, tragisches Geschick zu einem Schritt getrieben, den Sie nun zu büßen haben. Sie werden vor Gott Verzeihung finden. Ich glaube an Sie und an Ihr gutes Herz. Sie sind ein gütiger und edler Mensch; ich aber bin ein nichtswürdiges Geschöpf. Meine Schmach ist so groß, daß ich Ihnen kaum auf dem Papier mitteilen kann, wie ich Sie verraten und verkaufen wollte. Gottlob bin ich noch nicht so tief gesunken, daß ich ganz zum Judas werde. Ich gebe meinen Spitzelberuf bei der Polizei auf und kehre in meine Heimat zurück. Vergessen Sie mich! Ich werde Sie nie vergessen, denn ich hatte Sie liebgewonnen.“

Kurz darauf läutete der Fernsprecher. Die Detektiv-Auskunftei „Argus“, der einen Auftrag gegeben hatte, meldete sich. Sie teilte mit, daß einer ihrer Angestellten, der das Fräulein Anne Crusius seit gestern beobachtet, soeben bemerkt habe, wie sich die Genannte aus ihrem Hause entfernte. Sie sei im Reiseanzug und habe durch einen Dienst-

steuer sehr schön in dieser Höhe und darüber erhoben werde. Aus steuerrechtlichen Gründen müssen Beschlüsse über die Höhe der Bürgersteuer 1933 bis 21. Oktober d. J. gefaßt und von der Aufsichtsbehörde genehmigt sein. Es war daher unvermeidlich, die entsprechende Erhöhung der Bürgersteuer durch Notverordnung als bald anzunehmen und für etwaige Befreiungsanträge der Gemeinden den Termin vom 17. Oktober d. J. vorzusehen. Befreiungsanträge können die Gemeinden stellen, die ihren Haushalt für 1932 auch ohne Mehreinnahmen aus der Bürgersteuer ausgleichen können. Die Staatsregierung hofft, beim Reich erreichen zu können, daß eine Entziehung der Reichswohlfahrtshilfe unter der angegebenen Voraussetzung bei diesen Gemeinden nicht praktisch wird. Eine Gewähr dafür kann jedoch nicht übernommen werden. Bei der Frage, ob der Haushalt für 1932 ausgeglichen ist, kann davon ausgegangen werden, daß höchstens die bis 30. Juni 1933 fällig werdenden Beträge der Bürgersteuer 1933 noch für das Haushaltsjahr 1932 Verwendung finden.

Die Bürgersteuer wird demnach durch Notverordnung wiederhergestellt, so zwar, daß ab 1. Januar 1933 nur noch solche Gemeinden Zuschüsse aus der Reichswohlfahrtshilfe erhalten, die eine Bürgersteuer mit 500 v. H. des Landesjahres erheben.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 11. Okt. Kampf um die Schlachtsteuer. Nach einer vierjährigen Pause trat das Plenum des Landtags heute zu einer kurzen Tagung zusammen, bei der der Hauptkampf um die Schlachtsteuer geht. Für Abg. Dr. Dehlinger ist bereits sein Nachfolger, Rechtsrat Hitzel-Stuttgart, eingetreten. 4 Anträge und 2 Initiativanträge sind eingegangen.

Zur 5. und 6. württ. Notverordnung erklärt Staatspräsident Dr. Bötz, daß der Regierung die Absicht fern lag, den Landtag auszuschalten oder zu brüskieren. Die Regierung habe nur zwei Möglichkeiten im Hinblick auf den Ernst der Finanzlage gehabt, entweder die Schaffung neuer Einnahmen oder die Senkung der Personalausgaben. Die letzte Möglichkeit war die Einführung der Schlachtsteuer, und für sie wurde der Weg der Notverordnung gewählt, weil die Einführung dieser Steuer mit Hilfe des Landtags nicht möglich gewesen wäre. Die Regierung sei nur dann bereit, die Schlachtsteuer aufzuheben, wenn der Landtag bessere Vorschläge mache, sie sei aber auch bereit, einige Härten zu beseitigen. Kultminister Dr. B. a. z. i. l. rechtfertigte die Hinausschiebung der Einführung des 8. Schuljahrs. Es bestebe in 262 evangelischen und 105 katholischen Schulgemeinden, es sei nicht eingeführt in 1071 evangelischen und 763 katholischen Schulgemeinden. Die volle Einführung des 8. Schuljahrs würde einen einmaligen Aufwand von 2,5 Millionen und einen jährlichen höheren Befoldungsaufwand von 900 000 Mark erfordern. Die Gemeinden könnten höhere Schullasten nicht mehr tragen und in Notzeiten wie den jetzigen sei es das Beste, nichts Neues einzuführen.

Wirtschaftsminister Dr. Maier machte die Mitteilung, die Regierung sei infolge von Einsparungen in der Lage, für die Finanzierung von Landesdarlehen für verstärkte Förderung von Notstandsarbeiten des freien Arbeitsdienstes ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung sei aber die Durchführung des Schlachtsteuergesetzes und der Notverordnungen. Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch nachmittag vertagt.

Stuttgart, 11. Oktober.

Vom Landtag. Die nationalsozialistische Fraktion hat einen Antrag eingebracht, die Gehälter der Minister auf 12 000, der Ministerialdirektoren auf 10 800, der Beamten der Gruppe C 3 auf 9800, der ord. Hochschulprofessoren auf 8500, der Ministerialräte auf 8800, der Oberregierungsräte auf 8300 RM, ferner die Dienstaufwandsentschädigungen der Minister auf 2000 RM, die des württ. Gesandten in Berlin auf 4000 RM, und die der württ. Reichsratsbevollmächtigten in Berlin auf 1600 RM herabzusetzen. Die Dienstaufwandsentschädigung des württ. Gesandten in München wird gestrichen. Die Ministerialzulagen dürfen künftig 30 Mark nicht übersteigen. Auch die hohen und höchsten Gehälter der Höpferchäftsbeamten, die den von der Gehaltsberabteilung betroffenen Staatsbeamten vergleichbar sind, sollen in entsprechender Weise zeitweilig herabgesetzt werden. Die Herabsetzung der Bezüge soll vom 1. November 1932 ab durchgeführt werden. — Ein zweiter nat. soz. Antrag erkundt das Staatsministerium, Entwürfe zur Änderung der Verfassung und des Landtagswahlgesetzes vorzulegen, die die Zahl der Abgeordneten auf 42 ermäßigt, wozu 30 auf die Bezirksvorsitzplatzen und 12 auf die Landesvorsitzplatzen entfallen.

Die Abgeordneten des Bauernbunds haben im Landtag folgenden Antrag gestellt: Das Staatsministerium zu ersuchen, alsbald im Benehmen mit dem Reich eine Änderung der Befoldungsordnung vorzunehmen, die die notwendige Anpassung an die heutigen Verhältnisse bringt und 1. die Ministergehälter auf 12 000 RM festsetzt; 2. die Gehälter der Beamten dementsprechend abstuft, wobei auf die Erhaltung der Lebensmöglichkeit bei den unteren und mittleren Gruppen Rücksicht zu nehmen ist; 3. die Höchstgrenze für die Ruhegehälter auf 8000 RM festsetzt; 4. Lohn-einkommen bei pensionierten und auf Wartegeld gesetzten Beamten, das den Betrag von 300 RM im Monat übersteigt, ganz oder teilweise auf das Ruhegehalt bzw. Wartegeld anzurechnen ermöglicht.

Kapitalanlage oder Bauernsiedlung? Die nationalsozialistische Fraktion hat im Landtag folgende Klein-Anfrage gestellt: Einer Mitteilung aus Nassau RM. Mergentheim zufolge soll die fürstliche Domäne Louisgarde an einen Fabrikanten in Weikersheim verkauft werden. Der Verkauf des Gutes als Kapitalanlage hat in der dortigen Gegend starken Unwillen erregt, da dort eine Reihe junger Bauern bei Besiedlung der dortigen Domäne ein eigenes Anwesen erwerben könnte. Wir fragen daher: Ist das Staatsministerium bereit, die Württ. Landfriedung GmbH anzuweisen, von dem ihr auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes zustehenden Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen und das Gut zu besiedeln.

Stuttgart, 11. Oktober.

Deutschnationale Reichstagskandidaten. Die Deutschnationale Volkspartei hat in Württemberg ihre Reichstagswahl-liste von der letzten Wahl unverändert wieder aufgestellt. Die Liste nennt an vorderster Stelle: 1. Dr.-Ing. W. i. d. e. r, leitender Reichstagsabgeordneter, Stuttgart; 2. Dr. H. ö. l. s. c. h. e. r, Generaloberarzt a. D., Ulm; 3. K. l. o. h., Hausfrau, Bucht; 4. K. ä. c. h. e. l. e., Bäckermeister, Stuttgart.

Wohltätigkeitskonzert. Die Selbsthilfe Württ. Kriegsblinder E. V. veranstaltete am 15. Oktober abends in der Stadthalle ein großes Wohltätigkeitskonzert zugunsten der württ. Kriegsblinden unter Mitwirkung von drei Musik-kapellen, etwa 100 Musikern, sowie über 1000 Sängern des Schwäb. Sängerbunds.

Neueinstellung von Arbeitern im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart. Im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart sind im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung auf 10. Oktober insgesamt rd. 2200 Arbeiter für zulässige Oberbauarbeiten eingestellt worden. Die Arbeitsstellen sind ziemlich gleichmäßig im ganzen Direktionsbezirk verteilt.

Krankheitsstatistik. In der 39. Jahreswoche vom 25. September bis 1. Oktober wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 65 (tödlich 2), Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfs sowie anderer Organe 14 (11), Scharlach 84 (—), Typhus 3 (—), Paratyphus 4 (4), Paratyphusverdacht (—), Spinale Kinderlähmung 1 (—).

Zum Rufpa-Prozess wird mitgeteilt: Die Minderjährigkeit der Tochter Madg. Rufpa hat nicht zur Folge, daß gegen diese eine Klage nicht angestrengt werden könne, sondern nur die, daß die bisherige Zustellung ungültig ist. Dieser Mangel kann aber jederzeit, und zwar im anhängigen Rechtsstreit, beseitigt werden. Da es sich also um kein neues Verfahren handelt, hat die Klägerin Ida Rufpa auch nicht die bisherigen Kosten zu tragen, die Gesamtkosten fallen vielmehr dem unterliegenden Teil zur Last.

Kindsaussetzung. In einem Gartenhaus an der Alten Weinsteige hat ein 28jähriges Dienstmädchen ein Kind zur Welt gebracht und es dort ohne jede Wäsche usw. liegen lassen. Durch das Schreien des Kinds wurden Nachbarn aufmerksam gemacht, die dann das Kind dem städtischen Kinderheim zuführten. Die Mutter ist bereits ermittelt, sie hat die Aussetzung eingestanden.

Vom Hasenbergturn herabgestürzt. Am Montag nachmittag stürzte sich ein arbeitsloser verheirateter Mann im Alter von 50 Jahren vom Hasenbergturn. Der Mann war sofort tot.

Aus dem Lande

Dehringen, 11. Okt. Ein Brunnen schacht freigelegt. Bei Grabarbeiten im Garten von Dr. Majer hier wurde ein ca. 7 Meter tiefer, rundgemauert Brunnen schacht freigelegt. Funde, die auf die Zeit seiner Anlegung schließen lassen, wurden bis jetzt nicht gemacht. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß es sich dabei um einen Ziehbrunnen aus der Römerzeit handelt, ähnlich dem beim Bezirkskrankenhaus gefundenen und rekonstruierten.

Immenhausen RM. Tübingen, 11. Okt. Kein Mord. Die gerichtliche Untersuchung hat ergeben, daß es sich bei der Auffindung der Leiche des 21jährigen Jakob O r u n e w a l d nicht um einen Mord, sondern um Selbstmord handelt.

Münchingen, 11. Okt. Der Truppenübungsplatz als Schaafweide. Wie alljährlich, so fand auch am Samstag nachmittag im Vorlager die vom Heeresforstrevieramt vorgenommene Verpachtung der Schaafweide des Truppenübungsplatzes statt, zu der die Schafhalter von nah und fern zahlreich erschienen waren. Die Pachtpreise gingen durchschnittlich um 30 Prozent zurück.

Herrenberg, 11. Okt. Grundsteinlegung der neuen kath. Kirche. Am Sonntag wurde der Grundstein für die neue Kirche der katholischen Diasporagemeinde der Stadt Herrenberg gelegt. Die Kirche wird 200 Sitzplätze enthalten.

Völklingen, RM. Herrenberg, 11. Okt. Einbruch ins Rathaus. In der Nacht auf Sonntag wurde im Rathaus eingebrochen, wobei aus dem Amtszimmer des Bürgermeisters 20 M entwendet wurden. In der Nacht auf Samstag wurde in der Wirtschaft zum Hirsch eingebrochen. Die Nachforschungen mit Hilfe des Fingerabdruckverfahrens ergaben als Täter den von hier stammenden Bernhard Fleisch. Er hatte wegen der gleichen Vergehen in Ulm etwa zwei Jahre Gefängnis abzuhängen und ist vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen worden.

Weingarten, 11. Okt. Eine Rede des Landtagspräsidenten. Bei der Feier des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe der NSDAP. am Samstag sprach Landtagspräsident M e r g e n t h a l e r. Er führte aus, daß die nächsten Wochen und Monate ein schwerer Kampf für die Partei sein werden. Die letzten Ereignisse seien manchen Parteigenossen überraschend gekommen. An Stelle des Novemberpalamentarismus dürfe nicht Reaktion und Herrenklub regieren. Das Schicksal des Volks wurde in die Hand einer volksfremden Kaste gelegt. Wenn v. Papen am Ruder bleibe, gebe es einen entsetzlichen Zusammenbruch. Indentum, Freimaurerturn und Börsenkapital fanden sich zusammen für Papen. Auch die Sozialdemokratie bete: „Gott erhalte Franz den Papen, damit der Hölzer nicht über uns kommt.“ In Württemberg ließen sich noch Millionen sparen.

Wangen i. A., 11. Okt. Omnibus umgestürzt — Fünf Reisende verletzt. Ein mit 16 Personen besetzter Omnibus aus Wangen i. A. überfuhr auf der Bundesstraße zwischen Lauterbach und Dornbirn (Vorarlberg) einen Radfahrer, geriet dabei über den Straßenrand und kippte um. Fünf Mitfahrer, davon 4 aus Wangen, wurden verletzt und mußten ins Krankenhaus Bregenz gebracht werden. Der Lenker des Autos, Mühlenbesitzer Gebhard Straßer aus Unterhorgen (RM. Wangen), wurde ins Bezirksgericht Bregenz eingeliefert.

Eisenharz RM. Wangen, 11. Okt. Todesfall. Gestern nachmittag verschied im 76. Lebens- und im 51. Priesterjahr Pfarrer a. D. Mathias Wirth in Eisenharz, wo er 11 Jahre seines Ruhestandes zugebracht hatte.

Göppingen, 9. Okt. Vor dem Göppinger Amtsgericht hatte sich ein hiesiger Inhaber einer kleineren Strickwarenfabrik zu verantworten, weil er soziale Versicherungsbeiträge in Höhe von rund 250 RM. seinen Arbeitern zwar vom Lohn abgezogen, sie aber nicht an die zuständigen Stellen abgeführt und auch keine Marken dafür gestellt hatte. Weil der Arbeitgeber wiederholt schon wegen der gleichen Vergehen vorbestraft war, ahndete das Gericht den vorliegenden Fall dieses Mal mit einer Geldstrafe von hundert Mark und legte ihm auch noch die Kosten des Verfahrens auf. Gleichzeitig wurde ihm zur Auflage gemacht, die bis jetzt noch nicht bezahlten Beträge sofort an die zuständigen Stellen abzuführen.

Streit bei einer Hochzeitsfeier. Bei einer Hochzeitsfeier in Heiningen kam es zwischen einem Hochzeitsgast, einem 21jährigen verheirateten Mechaniker aus Faurndau zu Fälligkeiten, weil der Gast an einem aus der Band herausragenden Nagel sich die Hose zerrissen hatte und einen Schadenersatz von drei Mark verlangte. Der Ernjah wurde ihm ausbezahlt, der Wirt verbot ihm, aber gleichzeitig das Lokal. Im weiteren Verlauf wurde der junge Mann von dem Wirt und zwei anderen Männern so geschlagen, daß er einen Arzt aufsuchen mußte. Anzeige ist erstattet.

Ehingen a. D., 9. Okt. Neueinstellung von Arbeitern. In der hiesigen Kunstbaumwollfabrik werden ab Montag 20 neue Arbeiter eingestellt.

Weingarten, 9. Okt. 50jähriges Professjubiläum. Heute konnte in feierlichem Pontifikalamt, geleitet vom Erzabt Raphael Walzer von Beuron, Abt Ansgar Höckelmann O. S. B., erster Abt seit der Eröffnung von Weingarten, seine 50jährige Jubelprof in die Hand des Erzabts von Beuron ablegen. Bei der Feier fand die Ueberreichung des Altersstabs statt.

Waiblingen, 11. Okt. Brandstiftung. Ein 22jähriger geisteskranker Mann aus Korb legte in einem dem Gärtnerbesitzer Böhl an der Korberstraße gelegenen Schuppen Feuer. Der mit Federzeugnissen gefüllte Schuppen brannte bis auf den Grund nieder. Der Brandstifter konnte von einem Waiblinger Landjägerbeamten festgesetzt werden.

Schwindelunternehmen. Wie aus der Behandlung verschiedener Betrugsfälle festzustellen ist, sind in letzter Zeit mehrfach Darlehensanträge an die Grundverwertungsgesellschaft G. m. b. H. in Stetten eingereicht worden. Nach den Ermittlungen der Polizeidirektion Göppingen handelt es sich um ein ausgesprochenes Schwindelunternehmen, vor dem durch die Polizeidirektion nachdrücklich gewarnt wird.

Nedarzum, 11. Okt. Tollwutgefahr. Gestern mit tag wurde ein etwa fünfjähriges Kind von einem Wolfhund in den Rücken gebissen. Nach Anlegung eines Verbandes durch den Arzt mußte das Kind wegen Tollwutgefahr sofort nach Würzburg geschickt werden.

Göppingen, 11. Okt. 20 Zentner Obst gestohlen. In der Nacht zum Sonntag wurden einem Landwirt von Krummweiden auf seinem Grundstück vier große Obstbäume mit 20 Zentnern geschätzten Obstertrags geleert und das Diebesgut gleich abgeführt. Von den Tätern hat man bis jetzt noch keine Spur.

Ulm, 11. Okt. Vereidigung der Rekruten. In Wiblingen fand am Samstag die Vereidigung der am 1. Oktober beim 5. Artillerie-Regiment eingetretenen Rekruten statt.

Heidenheim, 11. Okt. Milchwirtschaftlicher Zusammenschluß. Am Samstag tagte der Preisausgleich des milchwirtschaftlichen Zusammenschlusses. Der Ausschuß hatte über einen Antrag auf Herabsetzung des Milchpreises auf seinen früheren Stand von 20 S zu verhandeln. Es wurde beschlossen, den derzeitigen Preis für 1 Liter Milch auf 21 S zu belassen.

Friedrichshafen, 11. Okt. Den Anschluß verpaßt. Den Anschluß an das Luftschiff „Graf Zeppelin“ zu seiner 8. Südamerikafahrt am vergangenen Sonntag abend hat der Chef der englischen Zivil-Luftfahrt verpaßt; er mußte mit seinem Flugzeug in Baden-Baden notlanden und erreichte das Luftschiff nicht mehr.

Das Luftschiff hat am Dienstag vormittag die Kanarischen Inseln überflogen.

Lokales.

Wildbad, 12. Oktober 1932.

Rückerstattung von nicht abgefahrenen Fahrkarten. Bei der Erstattung von Beträgen für nicht abgefahrte Fahrkarten ist es von dem reisenden Publikum als Härte empfunden worden, daß Beträge unter 50 S nicht zurückvergütet werden. Wie der Gewerkschaftliche Presseklub erst führt, ist bei der Reichsbahn eine Änderung der bisherigen Vorschriften bereits eingeleitet worden, so daß in einliger Zeit von allen beteiligten Dienststellen auch geringere Beträge als 50 S erstattet werden sollen.

Sonntagsrückfahrkarten über Allerheiligen. Von der RBD. wird mitgeteilt: Um den Besuch auswärtiger Grabstätten über Allerheiligen zu ermöglichen, wird die Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten für den letzten Oktobersonntag in diesem Jahr ausgedehnt. Die Sonntagsrückfahrkarten gelten: zur Hinfahrt vom Samstag, 29. Oktober, 12 Uhr, bis Dienstag, 1. November, zur Rückfahrt vom Samstag, 29. Oktober, bis Mittwoch, 2. November, 12 Uhr. Die Rückfahrt muß am Mittwoch, 2. November, auf dem Zielbahnhof der Fahrkarte spätestens um 12 Uhr, von Unterwegsbahnhöfen mit einem Zug angetreten oder fortgesetzt werden, der den Zielbahnhof der Fahrkarte spätestens um 12 Uhr verläßt.

Ehrenzeichen für Hausgehilfinnen. Für Hausgehilfinnen mit 10., 25. und 50jähriger ununterbrochener Dienstzeit in derselben Familie oder auf demselben Anwesen in Württemberg werden von der Zentralkommission für Wohltätigkeit und von den Bezirkswohltätigkeitsvereinen auf Weihnacht dieses Jahres wieder Ehrenzeichen verliehen. Die Bewerbungen müssen bis 15. November d. J. bei den zuständigen Behörden eingereicht werden.



O-DOL-ZAHN-PASTA
mit Lingner - Gedenkmonzen... sie haben Kaufkraft.



Kleine Nachrichten aus aller Welt

Gronau in Rangun. Der deutsche Flieger v. Gronau ist mit seinen Gefährten von dem englischen Dampfer „Caragola“ an Bord genommen und nach Rangun gebracht worden. Das Wasserflugzeug wurde im Schlepptau dorthin übergeführt; es ist unbeschädigt.

Der Bleistiftmörder bei Koblenz aufgefährt. Der am 1. Oktober d. J. bei Koblenz (Kreis Neumarkt, Schleifen) verübte Mord an dem Landbriefträger Barm ist aufgeklärt. Der unter dringendem Tatverdacht festgenommene Paul Franz hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er hat Barm aus etwa 50 Meter Entfernung aus einem Hinterhalt im Wald mit einem Militärgewehr erschossen. Er will aus Rache gehandelt haben. Sein Bruder Heinrich ist wegen Verdachts der Begünstigung festgenommen worden.

26 Fischer ertrunken. Wie von der grönländischen Küste zurückkehrende portugiesische Fischkutter melden, sind insgesamt 26 Fischer während eines schweren Sturms er-

Preuß.-Südd. Affensellerie. Die Züchtung der 1. Klasse beginnt am 21. Oktober, also in der nächsten Woche.

Devisenschieber. Gegen den Bankdirektor Dietrichs und den Börsenmakler Cohn, genannt Colmes, in Berlin ist vom Amtsgericht Berlin-Mitte Haftbefehl wegen Verschlebung von 470 000 Mark ins Ausland erlassen worden.

Seriefolge der Stuttgarter Rundfunk W.

Donnerstag, 12. Oktober:

8.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Gymnastik, 8.30: Wetterbericht, Nachrichten, 7.05-8.00: Schallplatten, 10.00: Romanlieder der Orgelmusik, 10.30: Liebeslieder, 11.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 11.55: Wetterbericht, 12.00: Schallplatten, 13.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, 13.30: Konzert, 14.30: Spanischer Sprachunterricht, 15.00-15.30: Englischer Sprachunterricht für Anfänger, 15.30-16.30: Jugendliebe, 17.00: Konzert, 18.15: Zeitangabe, Wetterbericht, 18.25: Vortrag: Leib und Seele, 18.50: Vortrag: Die Natur im Herbst, 19.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Landwirtschaftsnachrichten, 19.30: Konzert, 20.30: Liedstunde, 21.00: Die großen Redner, 1. Cicero, 21.30: Chöre mit Vokalisten, 22.20: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, Juntküche.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM



Halbflanel

Halbflanel	starkfädige Gebrauchsquallität ca. 90 cm breit m	0.42	Nachthemd	für Damen, Halbflanel, mit Stickerei und Einsatz	2.85
Halbflanel	feinlädige, gekörperte Quallität ca. 90 cm breit m	0.50	Nachjacke	Halbflanel, Geishaform, mit einfarbigem Paspel	1.65
Halbflanel	besonders dicke Wäsche-Quallität, ca. 90 cm breit m	0.68	Schlafanzug	für Damen, gestreiftflanel, Schlupfform, Größe 47-48	2.85
Damenhemd	Halbflanel, Vorderfell ringsum mit Stickerei	0.95	Schlafanzug	für Damen, einfarbig flanel, gemusterter Kragen	3.85
Damenhemd	Halbflanel, mit Stickerei-Ansatz und -Motiv	1.45	Nachthemd	für Herren, Halbflanel, Umlegekragen, farbiger Besatz	2.95
Nachthemd	für Damen, Halbflanel, Bubikragen, farbiger Paspel	1.95	Nachthemd	für Herren, Halbflanel, mit Kragen, farb. Wäschebesatz	3.85

Wäsche

trunken, der kurz vor der Heimfahrt der Fischerflotte die Küste von Grönland heimjuchte. Sämtliche Ertrunkenen sind in Nordportugal beheimatet.

Chicagoer Bankpräsident entführt. Nach einer Meldung aus Chicago ist der Vorsitzende der Versicherungsbank, Norman Collins, von Verbrechern entführt worden, die unter Todesdrohungen ein Lösegeld von 5000 Dollar verlangen. Ursprünglich war auch die Frau des Bankiers geraubt worden. Sie wurde aber wieder freigelassen mit der Aufforderung, das Lösegeld zu beschaffen.

Der Autodiebstahl in Chicago. Nach einer Mitteilung der Automobilvertriebsgesellschaft in Chicago sind dort im Monat September 3315 Autos gestohlen und nur 2255 verkauft worden.

Abgestürzt. Am Sonntag unternahm der 32 J. a. Student der Technik, Karl Morzan aus Salzburg, und der 32 J. a. Lehrer Ludwig Hall aus Offenburg (Baden) eine Besteigung der Fleischbank-Ostwand im Wilden Kaiser an der bairisch-tirolischen Grenze. Kurz nach dem Einstieg in die Wand geriet der an zweiter Stelle gehende Hall ins Rutschen und rief dabei seinen Vordermann am Seil mit. Beide stürzten etwa 60 Meter tief ab und waren sofort tot. Ihre Leichen wurden von einer Expedition der Alpinen Rettungsstelle nach Kuffstein gebracht.

Die Sowjetfahne auf einer Meher-Kaserne. Am 7. Okt. ist von Reservisten, die aus dem Militärdienst schieden, auf der Kaserne des 3. Infanterie-Bataillons von Meß die Sowjetfahne gehißt worden. Die Reservisten haben in geschlossenem Zug die Kaserne unter dem Gesang der Internationale verlassen.

Starke Zunahme der Biber in Polen. Aus der Wojewodschaft Nowogrodok im Nordosten Polens wird gemeldet, daß im Kreis Slonim an den Nebenflüssen der Nemel die Biber stark zunehmen. Die polnische Presse zeigt sich sehr erfreut darüber, da der Bestand an diesen wertvollen Pelztieren seit 1900 stark zurückgegangen war.

Markte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 11. Oktober. Zugetrieben: 38 Ochsen, 50 Bullen, 27 Jungbullen, 170 Kühe, 407 Rinder, 1243 Kälber, 2173 Schweine, 7 Schafe. Unverkauft: 6 Ochsen, 4 Jungbullen, 9 Kühe, 46 Rinder, 13 Kälber, 150 Schweine.

Ochsen:	11 10	6 10	Kühe:	11 10	6 10
ausgemästet	30-33	—	fleischig	12-15	—
vollfleischig	26-28	—	gering genährt	9-11	—
fleischig	22-24	—			
Bullen:			Kälber:		
ausgemästet	25-26	24-25	feinste Mast- und beste Saughälber mittel, Mast- und gute Saughälber geringe Kälber	39-41	38-41
vollfleischig	23-24	22-23		34-37	34-37
fleischig	21-22	—		30-33	30-33
Rinder:			Schweine:		
ausgemästet	34-37	34-36	über 300 Pfd.	48	48
vollfleischig	26-31	26-31	240-300 Pfd.	46-48	46-47
fleischig	23-25	23-25	200-240 Pfd.	45-47	45-46
gering genährt	—	—	160-200 Pfd.	44-46	44-45
Kühe:			120-180 Pfd.	42-43	42-43
ausgemästet	22-26	—	unter 120 Pfd.	42-43	42-43
vollfleischig	17-20	—	Sauen:	31-36	31-36

Ulmer Schlachtviehmarkt, 11. Okt. Zutrieb: 3 Ochsen, 16 Färren, 15 Kühe, 16 Rinder, 133 Kälber, 253 Schweine. Preise: Ochsen 2, 27-29, Färren 1, 20-21, 2, 17-19, Kühe 2, 12-15, Rinder 1, 29-31, 2, 27-28, Kälber 1, 36-38, 2, 32-34, Schweine 1, 42-44, 2, 39-41 Mf. Marktverlauf: langsam geräumt.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt, 11. Okt. Zutrieb: 4 Ochsen, 4 Kühe, 42 Rinder, 24 Färren, 41 Kälber, 3 Schafe, 503 Schweine. Preise: Ochsen 1, 31-33, 2, 27-30, Färren 1, 26, 2, und 3, 24-22, Kühe 1, 24, 2, und 3, 20-12, Rinder 1, 34-36, 2, 31 bis 33, Kälber 2, 38-42, 3, 33-36, Schweine 2, 47-48, 3, 46 bis 47 Mf.

Karlsruher Viehmarkt, 10. Okt. Zufuhr: 53 Stück Ochsen, 45 Bullen, 19 Kühe, 95 Färren, 69 Kälber, 1392 Schweine. Gesamtzufuhr 1673 Stück. Preis für den Zentner Lebendgewicht: Ochsen 22-34, Bullen 18-26, Kühe 19-24, Färren 22-36, Kälber 23

bis 44, Schweine 42-50, Schafen 34-38 M. Besse Qualität aber Notiz bezahlt. Tendenz des Marktes: Bei Großvieh langsam, geringer Ueberstand; bei Schweinen mittelmäßig, geringer Ueberstand; bei Kälbern langsam, geräumt.

Mannheimer Schlachtviehmarkt, 11. Okt. Preise: Ochsen 26-34, Bullen 19-27, Kühe 10-26, Färren 25-35, Kälber 28-45, Schafe 22-28, Schweine 36-51 M je 50 Kg. Lebendgewicht; Urbeitspferde 400-1100, Schlachtpferde 40-150 M je Stück.

Schweinepreise. Kalen: Milchschweine 13-19. — Hanbeuren: Milchschweine 13-17.50. — Oberrhein: Milchschweine 11 bis 19. — Tullingen: Milchschweine 11-20. — Riedlingen: Milchschweine 15-18, Mutterchweine 110-125 Mf.

Fruchtpreise. Kalen: Weizen 10.60-12.50, Roggen 9, Dinkel 8.40-9.30, Gerste 8-8.60, Haber 6.20-6.50. — Heidenheim: Kernen 11.10-11.60, Weizen 10-10.30, Gerste 8.10, Haber 6.10. — Riedlingen: Braugerste 7.90-8.40, Haber 6.40-6.50, Weizen 10.50-11.50, Bienen 8.20-8.80. — Tullingen: Weizen 11 bis 13.50, Dinkel 9-9.50, Gerste 8-8.50, Haber 6.50-7 Mf.

Stuttgarter Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz, 11. Okt. Zufuhr 200 Ztr., Preis 2.30-2.80 M für 1 Ztr.

Stuttgarter Mostmarkt auf dem Nordbahnhof, 11. Oktober. Seit 7. Oktober sind 82 Wagen neu zugeführt, und zwar aus Württemberg 1, Bayern 1, Hessen 1, Oesterreich 17, Tschechoslowakei 16, Jugoslawien 12, Italien 34. Nach auswärts sind inzwischen 32 Wagen abgegangen. Preis wagenweise für 10 000 Kilo 1050-1220 Mf., und zwar für Obst aus Italien 1050 bis 1100 Mf., im übrigen 1150-1220 Mf., im Kleinverkauf 5.50 bis 6.40 Mf. für 50 Kg. Marktlage lebhaft.

Stuttgarter Mostmarkt auf dem Wilhelmplatz, 11. Oktober. Zufuhr 700 Ztr., Preis 5.90-6.30 M für 1 Ztr.

Herbstnachrichten

Neckarwehheim, 11. Okt. Die allgemeine Weinlese hat hier begonnen. Die Trauben haben eine seltene Vollreife erlangt, so daß wir mit einem guten Erzeugnis rechnen dürfen. Der Weinertrag wird auf 1200 Hektoliter geschätzt. Die Nachfrage ist reger.

Stetten a. N., 11. Okt. Die allgemeine Weinlese hat begonnen. Der Stand der Weinberge ist ein schöner. Die Qualität des Weins wird diejenige des Vorjahres bedeutend übertreffen. Das Quantum ist zu 1200 Hektoliter geschätzt. Weinmost kann von Ende dieser Woche ab gefaßt werden.

Kirchheim a. N., 11. Okt. Die allgemeine Weinlese hat begonnen. Quantum schlägt zurück. Qualität sehr gut, einiges verrotzt ohne festen Preis.

Herzog. Renam Stuttgart, 11. Okt. Die rentkammerlichen Weinberge auf den Marlungen: Cüfingerberg, Neustadt, Mundelsheim, Stetten und Untertürkheim stehen sowohl bezüglich Belaubung, Wurmfreiheit, Traubenbehang und Reifegrad der Trauben ausgezeichnet und lassen einen recht guten Wein erhoffen. Die Spätlese wird bei dem gesunden Stand der Trauben noch möglichst hinausgeschoben und keinesfalls vor Ende Oktober erfolgen. Die Früchte der Portugieser geht am 14. d. M. zu Ende.

Strampfbach M. Waiblingen, 11. Okt. Die Reife der Trauben ist so weit vorangeschritten, daß ein guter Tropfen erwartet werden kann. Der in letzter Zeit im Remstal niedergegangene Hagelschlag hat auch die hiesige Gemeinde schwer getroffen. Da aber vom Unwetter verschiedene Lagen verschont blieben, kann trotzdem mit einem befriedigenden Herbsttrug gerechnet werden. Die Qualität wird dank der unermülichen Pflüge und sorgfältigen Lesefehr gut werden.

In Eberbach M. Brackenheim ist die Lese des Frühgewächses beendet. Der Wein wurde rasch verkauft zu 150-157 Mf. je Eimer. Auch in Lauffen ist die Lese des Frühgewächses beendet. Mit der allgemeinen Lese wird jetzt begonnen. Es wurden bereits Preise für Spätgewächse abgeschlossen zu 150 Mf. je Eimer.

Das Weinparlament des Volkswaels hat beschlossen, die allgemeine Lese am 17. Oktober zu beginnen. Weistein, Hof und Sembach sowie Kleinapbach beginnen erst am 19. Oktober. Qualität vorzüglich.

Das Wetter

Da die Wirbelstärkung im Westen fortbesteht, ist für Donnerstag und Freitag wechselnd bewölkt und auch zu weiteren Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Gebrauchte Automobile

offen und geschlossen, Last- und Lieferwagen, in bester Verfassung, stets preiswert nur bei

Auto-**Stalger** Stuttgart, Pragsstraße, Tel. 203 41-44.

Wildbad.

Die Reichstagswahl

findet am Sonntag, 6. November 1932 statt.

Bürgermeisteramt.

Einzug der Umsatzsteuer

für das III. Vierteljahr 1932 von Montag den 10. bis Samstag den 15. Oktober 1932, je zu den üblichen Geschäftszeiten im Rathaus, Zimmer Nr. 4.

Bürgermeisteramt.

Jedes Mal, wenn Kirche lacht, fällt mir ei e nett's Gedicht; doch jedes Jahr send schlechtere Zeite, on ein's ka's ander nemme leide, vor lauter Reid on Mißvergöncht? Wo bleibt denn do die Lebenskonst? E jeder hot doch j'ton mit seine Sorge, Wuoh froh sei, wenn'er braucht neg z'borge. Do war's halt nett, wenn d'hausfrau Rücksticht nemmt, uff hie'ge Zeut, dia eig'ne G'schäfte hemnt. Dös ka mer an d'r Kirche jetzt beweise, on net noch Pforze nontet reife; oder gar en d'bill'ge Lade sprengt dia au lei Konststiid mache könne. Dös war net nett Ihr liebe Zeut, on wollt i dös blos sage heut, Drom send so guat, on denkt dra, daß unferens au lebe ka; on kaufet Eure siebe Sache, was mer braucht zom Küche bache, em G'schäft vom Treiber link's d'r Enz; e jedes Rend von Wildbad kenti's.

Ich berate Sie über die Notverordnungen zum Schutze der Landwirtschaft vom 27. September 1932 und erledige alle erforderlichen Anträge

Robert Schüle

Notar.-Prakt.

Wildbad im Schwarzwald

Laienbergstraße 44 — Telephon Nr. 569

Eine **kleine Anzeige** ist besser als keine

Warten Sie..

mit Ihren Einkäufen bis morgen.

Wir wollen Sie überraschen.

Thams & Garfs



Heute abend 8 Uhr: Ständchen

Zusammenkunft Café Bechle.

Wegen Erkrankung unseres Dirigenten muß die heutige Singstunde ausfallen.

Der Vorstand.

Frische Seefische

Für Brautleute!

2 prachtvolle Steppdecken (frais)
2 komplette Ausziehbetten
prima Federn u. Inlett (Erdbeer)
alles ganz neu, für zusammen 110 Mk. bar zu verkaufen.

Schriftliche Offerten unter N. N. 239 an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

Haben Sie Schulden?

Bereitigen Sie diese auf eine Stelle. Oder benötigen Sie Geld für sonstige Zwecke? Wir zahlen laufend aus und treffen mit Ihren Gläubigern Stillschaltabkommen. Lassen Sie sich kostenlos und unverbindlich beraten durch

„Familienschutz“

Köln

Geschäftsstelle: Karl Bäcker,

Wildbad, Laienbergstraße 65.

Sommer-

sprossen werden unter Garantie durch VENUS (Stärke B)

beseitigt. M 1.60, 2.75.

Gegen Fädel, Ritterser Stärke A.

Eberhard-Drogerie

Rabliau und Filet

treffen morgen ein

Donnerstag, Freitag, Samstag

für nur **55 Pf**

1 Pfd. Leberwurst oder

2 Pfd. Rote Bücklinge oder

5 Paar Frankfurt Würstchen

Zur

Kirchweih-Bäckerei

alle

Bäckartikel

... und Rabattmarken

Plannkuch

